

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 10 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 8 Pfg. u. wöchentlich 10 Pfg. Bei der Post monatlich 1.00 Pfg. wöchentlich 1.00 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus monatlich 1.20 Pfg. wöchentlich 1.00 Pfg. ...

Druckpreis: Die sechs getragenen Anzeigen oder deren Raum für 100 Zeilen aus Auer und dem Erzgebirge der Anzeiger monatlich 1.00 Pfg. ...

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 304.

Freitag, den 31. Dezember 1915.

10. Jahrgang

Englische Schlappe im Westen - Fliegerangriff auf Ostende

Die Friedensbedingungen der französischen Sozialisten. — Unerhörte Verhältnisse im französischen Heere. — Vorstoß österreichisch-ungarischer Seestreitkräfte nach Durazzo: Das französische Unterseeboot Monge versenkt, zwei österreichisch-ungarische Zerstörer gesunken. — Russische Angriffe an der Strypa, am Kormyn und dem Styr. — Mißbrauch des Roten Kreuzes durch die Italiener. — Antwort der österreichisch-ungarischen Regierung auf die amerikanische Ancona-Note.

Die Lage des Weltkrieges Ende 1915.

Nicht nach den Stellungen und Erfolgen der Heere auf den zahlreichen Kriegsschauplätzen soll und darf die Lage erörtert und erwohnen werden, denn das wäre nicht nur unmöglich, sondern nach den gegebenen Verhältnissen auch zwecklos, wohl gibt es aber andere große Momente, nach denen die Lage der Dinge am Ende des Jahres 1915 ermessen werden kann. Da muß nun zunächst festgestellt werden, daß wohl Millionen der deutschen Volksgenossen eine starke Friedenssehnsucht empfinden, daß wir uns aber von diesem Gesühle zur Zeit nicht lösen lassen dürfen, weil unsere Feinde noch immer mit der Verwirklichung des schändlichen Planes der Verschmetterung oder doch Verkleinerung Deutschlands rechnen und in der Verlesung ihres Größenwahnes nicht mit den Tatsachen rechnen, welche der Weltkrieg geschaffen hat. Dieser Krieg hat vor allen Dingen gezeigt, daß Deutschland die stärkste aller Kriegführenden Mächte deshalb ist, weil es nicht nur die größten kriegerischen Erfolge aufzuweisen hat, sondern weil Deutschland gegenüber seinen Feinden auch vollständig unabhängig in seiner ganzen Kraftentwicklung dasteht. Deutschland hat nicht nur die größten Heere mit den besten Waffen und vollkommensten Kriegsmitteln, sondern Deutschland weiß sich auch seinen ganzen Kriegsbedarf und auch die gewaltigen Kosten des Weltkrieges aus eigenen Kräften und Mitteln zu beschaffen. Dies ist weder bei England, noch bei Frankreich, noch bei Rußland, noch bei Italien der Fall, alle diese Staaten stützen ihren Krieg auf amerikanische Munitionslieferungen und eigentlich auch schon längst auf Amerikas Geld und Kredit. Der Weltkrieg hat also die Feinde Deutschlands bereits in verhängnisvolle Abhängigkeit vom Auslande gebracht, und diese bedenkliche Schattenseite wird dem Herwerbende noch zum Verhängnis werden, denn es ist ganz undenkbar, daß England die wachsenden Geldbedürfnisse seiner Bundesgenossen noch lange wird befriedigen können, oder das Bögen von Riesensummen in Amerika hat auch seine Grenzen und dürfte von Englands Vertretern des Handels, der Industrie und der Finanzen bald als eine große Gefahr für die künftige Entwicklung Englands erklärt werden. Wie groß der Größenwahn und die Dreistigkeit und Entstellungskunst der Herwerbendensmächte ist, das geht auch daraus hervor, daß sie gerade in letzter Zeit noch von deutschen Angehörigen ihres Sieges gesprochen haben, während die Lage der Dinge auf den Kriegsschauplätzen genau das Gegenteil aufweist. So hat der König von England sich in einem Tagesbefehl an das englische Heer und die englische Flotte am Weihnachtstage die Annahme gelehrt, zu behaupten, daß das Ziel, nach welchem Englands Heer und Flotte streben, immer näher rückt. Gleichzeitig oder vielmehr einen Tag vorher wurden aber im englischen Unterhause schwere Vorwürfe gegen die Regierung erhoben, und das Parlamentsmitglied Lynd sagte, daß die englischen Minister nicht die Organisatoren des Sieges, sondern der Niederlagen seien. Auch fragte das Parlamentsmitglied Doherty an, ob man bei der Unsicherheit in den hohen englischen Kommandostellen noch weiter den Stämmern eine neue Million Soldaten anvertrauen solle. Nicht ruhmert man auch im Herwerbende damit, daß Deutschland mit seinen treuen Verbündeten Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei nicht niederzujagen ist, und daß Deutschland nebst seinen Verbündeten bereits fast vierhunderttausend Quadratkilometer feindliches Gebiet erobert haben. Das ist eine Fläche etwa so groß wie vier Fünftel des Deutschen Reiches. Mit diesen glänzenden Ergebnissen und mit der Tapferkeit unserer Soldaten dürfen wir die Kriegsloge für uns am Jahreswechsel als außerordentlich günstig bezeichnen.

Der Neujahrsgruß des Kaisers und des deutschen Kronprinzen.

Der Neujahrsgruß, den der Kaiser dieses Jahr an seine Bekannten im Felde versendet, ist, wie der Kriegsbekanntester W. Scheuermann aus dem Großen Hauptquartier meldet, ein farbiger Kunstdruck in Postkartengröße, der die Übergabe eines Postbildes des Kaisers

Der amtliche Kriegsbericht von heute!

Großes Hauptquartier, 31. Dezember vorm.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nach erfolgreicher Sprengung wurde den Engländern nordwestlich von Hulluch ein vorgehobener Graben entzissen, zwei Maschinengewehre und einige Gefangene fielen in unsere Hand. Ein feindlicher Fliegerangriff auf Ostende richtete in der Stadt erheblichen Gebäudeschaden an, besonders hat das Kloster Heiliges Herze gelitten, 18 belgische Einwohner sind verletzt, einer getötet. Militärischer Schaden wurde nicht angerichtet.

Ostlicher u. Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Oberste Heeresleitung.

Bildet. In vollem Profil zeigt es den Kaiser so, wie die Krieger ihren obersten Kriegsherrn kennen, mit den festen willensstarken Zügen, den hellen Augen, dem dichten lockigen grauen Haar und dem im Feldzuge weitergebräunten friesischen Gesichtsfarbe. Das Bild trägt die Unterschrift: Weihnachten und Neujahr 1915/16 von des Kaisers Hand. — Der Neujahrsgruß des Kronprinzen ist ebenfalls die farbige Übergabe eines Kunstbildes, auf dem man den jugendlichen Heerführer in voller Gestalt in einem Schützengraben der Argonnen wandern sieht. Daneben hat der Kronprinz mit seinen großen Schützengräben geschrieben: Glück auf zum neuen Jahre! — Das Weihnachtswort des Kaisers an die Teilnehmer der Feiertage im Großen Hauptquartier ist ein Kunstwerk in Sepiatönung mit einem Reliefbildnis des Kaisers und seinem vollen eigenhändigen Namenszuge.

Der französische Sozialistenkongreß.

Der Nationalkongreß der französischen sozialdemokratischen Partei schloß mit der Annahme eines Beschlusses, in dem festgestellt wird, daß die sozialistische Partei mit ganz Frankreich unter dem brutalen Stoße eines Angriffes zum Zwecke der nationalen Verteidigung mit Ausschluß jeder Eroberungs- oder Annexionsabsicht in den Krieg eingetreten sei. Die Partei werde solange im Kriege verharren, bis das Gebiet des Landes befreit und die Bedingungen eines dauernden Friedens sichergestellt seien. Unter den Bedingungen des dauerhaften Friedens verfolge die Partei, daß die kleinen Mitteleuropäischen Staaten Belgien und Serbien, die aus ihren Trümmern wieder erstehen müßten, in ihrer wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit wiederhergestellt würden. Die unterdrückten Völker Europas müßten das freie Verfügungsrecht über sich selbst wieder erhalten.

Das Band zwischen Frankreich und Belgien.

müsse wiederhergestellt werden. Frankreich werde sich dabei voranzuhängen und gerecht zu erwiesen verstehen, indem es Belgien-Löhringen ausfordert, selbst von neuem feierlich seinen Willen der französischen Gemeinschaft anzugehören, anzunehmen. Die Kundgebung fordert die Regierungen der Alliierten auf, alle Eroberungspolitiken zurückzuweisen und sich genau an den Nationalitätsgrundsatz zu halten. Ein fester Ausbau des Völkerrechts erscheine der sozialistischen Partei als die sicherste Gewähr für einen dauernden Frieden. Indem die Alliierten die Friedensverträge für alle künftigen Streitigkeiten schließen, würden sie den Weg für die eingetragene eines

dauerhaften Friedens erschließen. Die Welt werde entweder die Praxis der Alliierten beibehalten und der Krieg werde Europa in eine neue Katastrophe stürzen, in der die menschliche Zivilisation zugrunde gehen werde, oder aber die Nationen würden zur Praxis des internationalen Schiedsgerichts greifen durch Beschränkung der Rüstungen, Abschaffung der geheimen Diplomatie, Organisation der wirtschaftlichen und militärischen Bestrafung von Nationen, die sich eine Vergewaltigung haben zuschulden kommen lassen. Dann werde die Welt die normale Entwicklung von Frieden und Fortschritt ins Auge fassen können. Die sozialistische Partei lehnt die politische und wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands ab, hält aber die

Bernichtung des preussischen Militarismus

für notwendig, der für die Sicherheit der Welt und für Deutschland selbst gefährlich ist. Die Wiederannahme der Beziehungen mit der deutschen Sektion wird erst dann ins Auge gefaßt werden können, wenn diese den Grundrissen der Internationale wieder Kraft und Leben gegeben haben wird. Der Kongreß erteilt den sozialistischen Abgeordneten den Auftrag weiter durch Bewilligung der Kredite das Mittel zum sicheren Siege zu erreichen und an der nationalen Verteidigung teilzunehmen, und erklärt im Hinblick darauf, daß kein Sonderfrieden geschlossen werden solle, seine Zustimmung zu den von Asquith im Unterhause gesprochenen Worten. Der Kongreß erteilt schließlich alle militanten Sozialisten daran, daß die Einigkeit der Partei mehr denn je eine gebieterische Notwendigkeit ist. — Dem Vatikan zufolge nahm der sozialistische Kongreß den Beschlusssatz mit einer erdrückenden Mehrheit an, nämlich mit 2735 gegen 75 Stimmen bei 112 Stimmenthaltungen. (W. T. B.)

Ausschließung Herbes?

Libre Parole will wissen, daß Gustav Herbes, der Leiter der Zeitung Guerre Sociale, aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen wurde. (W. T. B.)

Unerhörte Zustände in der französischen Armee.

Die aus Paris im Genf ankommenden Berichte deuten darauf hin, daß die französische Öffentlichkeit eine tiefgreifende Bewegung heraufzusehen hat. Die Währungsbedingungen an die Bevölkerung, die vor Entmutigung zu klagen und keine Kritik an bestehenden Zuständen zu üben, ließen ohne Wirkung. Dies beweist ein aufsehenerregender Artikel aus der Feder Comper-Morels in der Humanité, worin er die sofortige Einsetzung einer kleinen parlamentarischen Kontrolle über das Kriegsgebiet verlangt. Da in der französischen Armee unerhörte Verhältnisse eingetreten seien, die Soldaten seien ohne Schuhe und Kleider, es gäbe keine Unterstände und die Schützengräben seien Trümmernhaufen. Die Kriegslagen seien umso unzureichender, als die Regierung wissen mußte, daß ein Winterfeldzug unannehmlich sei, und sich darauf hätte vorbereiten können.

Vertagung der französischen Kammer.

Aus Paris wird gemeldet: Die Kammer nahm einen Gesetzentwurf an, der die Schaffung einer nationalen Zentralstelle zur Verteilung von Brennstoffen vorsieht und alle Vollmachten zur Beschlagnahme hat. Die Kammer vertagte sich darauf auf unbestimmte Zeit. (W. T. B.)

England vor Einführung der Wehrpflicht.

Das Reutersche Bureau meldet, wie zu erwarten gewesen sei, sei die Entscheidung der Regierung zugunsten der Einführung der Wehrpflicht der Unverheirateten im ganzen Lande vorläufig (?) aufgenommen worden. Die allgemeine Aufmerksamkeit richtete sich nunmehr auf MacKenna und Runciman, deren Haltung noch ungewiß sei. Einige Blätter glauben, daß die beiden Minister im Kabinett bleiben, andere, wie die Times, daß sie unweigerlich gegen die Dienstpflicht opponieren werden. Daily Chronicle hofft, daß sie im Amt bleiben, da es dann der Regierung möglich wäre, dem Parlament einig gegenüberzutreten. Wenn die Minister zurücktreten, würden sie es aus rein persönlichen Gründen tun, die in keinem Falle die Bedeutung hätten, daß sie gegen die Dienstpflicht als solche seien. Der Rücktritt würde daher den Beschluß der Regierung nicht schwächen. Es frage sich jetzt, welche Form der Dienstpflicht eingeführt